

Diakonischer Arbeitskreis

## für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (12. Jahrgang, Nr.11, November 2018)  
besuchen Sie uns auch im Internet unter [www.dags-konvent.de](http://www.dags-konvent.de)

Ein Finanzminister kommt mit einem ganz beschränkten Wortschatz aus: Er muss vorzugsweise Nein sagen können.

Hans Eichel, geb. 1941, ehemaliger Bundesfinanzminister (SPD)

### Die Ware Pflege -was die Politik verschweigt

von Wolfgang Kessler

Unter dem Stichwort „Pflegetnotstand“ wird über vieles diskutiert, was wichtig und richtig ist. Eines aber wird gerne verschwiegen: dass zunehmend Finanzinvestoren in die Pflege drängen.

Klar: Auch private Betreiber von Pflegeheimen können gute Pflege bieten, wenn sie an den zu Pflegenden interessiert sind und nicht vorrangig an ihren Gewinnen. Bei Finanzinvestoren handelt es sich jedoch um spekulative Fonds oder Vermögensverwalter, die nur ein Ziel verfolgen: Sie wollen das Geld jener reichen Institutionen und Einzelpersonen mehren, die es bei ihnen angelegt haben. Gleich, ob in der Industrie oder in der Pflege: Sie streben nach Renditen zwischen fünf und zehn Prozent. Und diese erzielen sie oft, indem sie die Kosten ihrer Unternehmen senken. In der Pflege kann dies bedeuten: Pflegekräfte unter Tarif bezahlen, Küchendienste und Reinigung outsourcen, mehr prekäre Arbeit zulassen.

Die Politik schweigt, weil sie den Finanzinvestoren selbst die Türen geöffnet hat. Mitte der 1990er-Jahre hat die rot-grüne Bundesregierung private Anbieter mit öffentlichen Anbietern in der Pflege gleichgestellt. Auch hat sie Spekulanten auf dem deutschen Kapitalmarkt zugelassen - ganz im neoliberalen Geist. Christdemokraten wie die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder traten ebenfalls für die Privatisierung der Pflege ein.

Jetzt, da ständig mehr Pflegeheime an Finanzinvestoren verkauft werden, schweigt die Politik. Dabei ist es verantwortungslos, wenn fünf oder gar zehn Prozent der Pflegekassenbeiträge als Gewinne an private Investoren fließen.

Gefordert ist jetzt eine radikale Umkehr: nämlich das Bekenntnis, dass Pflege eine öffentliche Aufgabe ist. Der Staat muss mehr Steuergelder in die Pflege investieren. Auch eine Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung darf kein Tabu sein. Es würde schon ausreichen, den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte anzuheben, um 38.000 zusätzliche Beschäftigte - die Hälfte davon Fachkräfte - zu finanzieren. Für Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen von 3000 Euro im Monat würde die Abgabenlast gerade mal um 1,50 Euro steigen, ebenso für den Arbeitgeber. Das ist machbar.

Damit diese Gelder nicht an Investoren abfließen, sollten die Gewinne privater Anbieter in der Pflege staatlich begrenzt werden. Dann wird Pflege für Finanzinvestoren uninteressant. Und die Gesellschaft macht deutlich: Pflegebedürftige sind keine Waren, von denen man Gewinne abzocken darf.

aus: Publik-Forum vom 25.05.2018

### Wehe, wenn du Pflege brauchst Ambulante Dienste können Alte nicht mehr ausreichend versorgen

von Barbara Tambour

Es soll so aussehen, als hätte die Bundesregierung begriffen, wie dramatisch die Situation in der Altenpflege ist. 13.000 zusätzliche Stellen in Heimen sollen eingerichtet werden - statt 8.000, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen. Das Problem dabei ist, dass schon jetzt viele offene Stellen nicht besetzt werden können. Es fehlt an ausgebildeten Pflegern. Viele von ihnen verlassen nach wenigen Jahren den Beruf, weil er so aufreibend und schlecht bezahlt ist. Wie also diese neuen Stellen besetzen? Noch schlimmer ist, dass die Regierung nur die Pflegeheime in den Blick nimmt, nicht aber die ambulante Pflege. Die Mehrzahl der Pflegebedürftigen wird zu Hause von Angehörigen versorgt, häufig mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes. Auch bei diesen wird der Personalmangel immer größer. In Niedersachsen haben Caritas, Diakonie und Paritätischer Wohlfahrtsverband gerade vor einem Pflegetnotstand gewarnt. Ihre ambulanten Pflegedienste können vielerorts alte und kranke Menschen nicht mehr ausreichend versorgen. Neue Kunden werden deshalb abgewiesen und manche bestehenden Pflegeverträge sogar gekündigt, weil es an Fachkräften fehlt. Ähnliches erlebte die Autorin gerade im Rhein-Main-Gebiet, als sie für ihre Mutter einen solchen Pflegedienst suchte. Von zwölf angefragten sagten zehn rundweg ab. Einer bot eine Minimalversorgung an. Erst Nummer zwölf gab eine mündliche Zusage. Das alles sind Symptome dafür, dass das Altenpflegesystem immer stärker ins Rutschen gerät, so dass es „uns unter dem Hintern wegzubrechen droht“, wie der Sozialexperte Stefan Sell warnt. Es ist allerhöchste Zeit, „Pflege“ ganz oben auf die politische Agenda zu setzen und die Kräfte in der Altenpflege viel mehr wertzuschätzen - durch höhere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen. Nur dann werden wieder mehr Menschen diesen Beruf ergreifen.

aus: Publik-Forum vom 08.06.2018

## Die Verordnung in Kurze

Am 11. Oktober 2018 ist die Verordnung über Pflegepersonaluntergrenzen (PpUGV) von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU, in Kraft getreten. Ab dem 1. Januar 2019 werden demnach Personaluntergrenzen „zur Vermeidung unerwünschter Ereignisse“ im Krankenhaus gelten. Wie viele Patientinnen und Patienten eine Pflegekraft maximal versorgen darf, ist allerdings nur für vier sogenannte pflegesensitive Klinik-Bereiche festgeschrieben. Statt Untergrenzen in wenigen Bereichen fordert ver.di Personalmindestvorgaben für alle bettenführenden Bereiche im Krankenhaus, die sich am tatsächlichen Pflegebedarf der Patienten bemessen. Dafür muss ein geeignetes Personalbemessungsinstrument auf Basis der bewährten Pflegepersonal-Regelung (PPR) entwickelt werden.

aus: ver.di Publik 7/2018 vom 25.10.2018

## Indizien für prekäres Leben

Rund vier Millionen Erwerbstätige leben in Deutschland dauerhaft in prekären Umständen. Sie haben Jobs ohne Perspektive, ein geringes Einkommen und/oder eine mangelhafte soziale Absicherung. Ermittelt hat diese Zahl ein Forscherteam um Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin und Markus Promberger von der Universität Erlangen-Nürnberg. Sie haben eine Reihe von sozialen Indikatoren ermittelt, die als Indizien für ein prekäres Leben dienen können. Erst wenn mehrere dieser Faktoren über einen längeren Zeitraum zusammentreffen, spricht das Team von prekären Umständen. Damit ist das Bewertungsverfahren konservativ angelegt – umso erschreckender ist die Zahl von vier Millionen Betroffenen.

aus: ver.di Publik 7/2018 vom 25.10.2018

(mehr hierüber: [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de))

## Buchbesprechung

Richard Chaim Schneider

### Israel am Wendepunkt -von der Demokratie zum Fundamentalismus?

Kindler, München, 1998

ISBN 3-463-40252-1

Als gebrauchtes Buch ab 1,95 € zu erhalten

Israel ist einer gewaltigen Zerreißprobe ausgesetzt. Seit der Ermordung Jitzchak Rabins am 4. November 1995 steht Israel an einem kritischen Wendepunkt. Der Widerstand zwischen liberalen und fundamentalistischen Strömungen droht zu einem gewaltsamen Konflikt zu eskalieren. Das ungelöste Palästinenserproblem hat das Land gespalten. Die Konflikte zwischen der politischen Linken und Rechten, zwischen Liberalen und Orthodoxen, zwischen Zionisten und Anti-Zionisten sind kaum noch zu lösen. Fundamentalistische Strömungen drohen unter dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu die Oberhand zu gewinnen. Die friedliche

Koexistenz zwischen Juden und Arabern in der gesamten Region ist untrennbar mit der Zukunft des jüdischen Staates verbunden – und die sieht seit langem düster aus, denn die einzige Demokratie des Nahen Ostens scheint in einem bedrohlichen Auflösungsprozess begriffen. Hat 50 Jahre nach der Staatsgründung die Demokratie ausgedient?

Autor des Buches ist Richard Chaim Schneider, 1957 in München geboren. Er arbeitet als Autor und Journalist für Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk in Deutschland und im deutschsprachigen Ausland und war 2006 bis 2015 Leiter des ARD-Fernsehstudios in Tel Aviv. Mit seinem Buch, das heute, fast zwei Jahrzehnte nach seinem Erscheinen, noch nichts an Aktualität verloren hat, macht er eine Bestandsaufnahme, die Menschen, Meinungen und das Land in ihrer damaligen und auch heute noch aktuellen Problematik vorstellt.

Schneider schließt sein Buch mit folgenden Worten: „Quo vadis, Israel? (Wohin gehst du, Israel? – Anm.) Es gibt nur einen Weg: hin zum Frieden, hin zur pluralistischen Demokratie. Jeder andere Weg kann langfristig nur das Ende des dritten jüdischen Staates in der Geschichte bedeuten. Den hundertsten Jahrestag der Staatsgründung im Jahre 2048 könnte man dann möglicherweise schon nicht mehr feiern. Vielleicht gibt es aber noch eine andere Lösung für Israel: Der Maschiach (Messias, Anm.) wird endlich kommen. Jetzt, heute – wie die Frommen glauben. Dann wären allerdings zugleich auch die Sorgen, Nöte und Probleme der ganzen Menschheit gelöst.“

Klaus-Rainer Martin

**Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.**

**Beiträge und Anregungen bitte an**

**Klaus Herrmann,**

**Email: [kherrmann@kabelmail.de](mailto:kherrmann@kabelmail.de)**

**Unsere nächsten Treffen finden statt**

**am 14.01. und 11.02. 2019**

**im Rauhen Haus,**

**im Haus Weinberg (III. Stock, Besprechungszimmer.**

**Wir treffen uns von 16.30 bis 19.00 Uhr.**

**Und ich sah die heilige Stadt, das neue Jerusalem, von Gott aus dem Himmel herabkommen, bereitet wie eine geschmückte Braut für ihren Mann.**

*(Monatsspruch November 2018 aus Offenbarung 2, 10)*

Herausgeber: DAGS

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Siegfried Heidler, Hamburg

Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

30. November 2018